Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

18.3.1926 (No. 65)

Visual Library

№ 65 Donnerstag, den 18. März 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Sonntags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Das Fiasko von Genf

Es ist gewiß nicht so, daß die leitenden Staatsmänner der beiden Mächte, die als die Hauptträger des Völkerbunds zu gelten haben, England und Frankreich, den kläglichen Ausgang der Verhandlungen irgendwie gewünscht haben. Der Völkerbund ist nun einmal das Werk der einstigen Entente. Und wenn auch das nationalistische Frankreich an diesem Völkerbund nur solange ein wirkliches Interesse hat, als er im Dienste der französischen Politik steht, so gibt es daneben doch noch ein anderes Frankreich, und dieses Frankreich besitzt politische Vernunft genug, um einzusehen, daß das eigene Wohlergehen nur auf der Grundlage einer friedlichen europäischen Politik gesichert werden kann, und daß der beste Garant einer solchen Politik eben der Völkerbund ist. Daß der Völkerbund den Tendenzen der britischen Politik entspricht, versteht sich von selbst.

Diese Frage ist also lediglich die: „Was haben **Briand** und **Chamberlain** getan, um einen günstigen Verlauf dieser Tagung des Völkerbundes zu ermöglichen? Haben sie genug getan, und haben sie das Richtige getan? Man wird diese Frage bei allem Wohlwollen und bei allem Drange nach Gerechtigkeit doch mit einem glatten **Nein** zu beantworten haben. Briand und Chamberlain haben **nicht** genug getan, und ihre ganze Politik war von vornherein so ungeschickt und so töricht, daß man sich über den Mißerfolg nicht weiter zu wundern braucht.

Wenn jetzt von einem Teil der Presse gesagt wird, daß der eigentliche Schuldige Herr **Mussolini** sei, und daß **dieser** Mann das **brasilianische Veto provoziert habe,** dann trifft diese Behauptung vielleicht nicht daneben. Daß aber Mussolini oder Beauftragte von ihm **zusammen mit den französischen Nationalisten** im Trüben fischen konnten, das ist und bleibt die historische Schuld derer, die das Wasser erst getrübt haben. Und das sind eben Briand und Chamberlain. Und wir können uns kaum denken, daß die ehrlichen Anhänger der Völkerbundsidee in England und Frankreich sich das Wirken dieser beiden Staatsmänner noch lange gefallen lassen werden. In Frankreich liegen die Dinge ja noch besonders kompliziert, weil allerlei innerpolitische Probleme mitsprechen. In England aber ist es doch so, daß das Gros der öffentlichen Meinung Chamberlains Haltung restlos verurteilt. Und in der Form dieser Verurteilung leistet sich die Presse der Opposition in England eine Sprache, wie man sie bis jetzt jenseits des Kanals gleich scharf nur selten vernommen hat.

Die Situation ist also nun so, daß **Deutschlands Aufnahme** bis zum Herbst **vertagt** wird, daß die **Völkerbundsversammlung** als solche diese Notwendigkeit in aller Form **tief bedauert** hat, und daß auch sonst, vor allem in den Reden Chamberlains und Briands, alles geschehen ist, um die bittere Pille möglichst zu versüßen. Der englische Außenminister und der französische Ministerpräsident haben sich geradezu überboten, Deutschland und der deutschen Delegation **Schmeicheleien zu sagen.** Und, wenn man sich des Tones entsinnt, der noch vor zwei bis drei Jahren die politischen Kundgebungen Frankreichs Deutschland gegenüber kennzeichnete, dann wird man sich über diesen Wandel gewiß gerne freuen wollen.

Aber all dieses kann an der peinlichen **Tatsache,** daß Deutschland infolge einer zweifellos von französischer und italienischer Seite angezettelten brasilianischen Intrigue nicht aufgenommen werden konnte, nichts ändern. Und, wenn auch die deutsche Delegation zusammen mit den übrigen Locarnomächten die **Aufrechterhaltung des Pakts von Locarno** beschlossen hat — ein Beschluß, den Briand noch besonders unterstrich und auch nachdrücklich auf die Frage der sogenannten **„Rückwirkungen"** bezog —, so stellt doch das Fiasko von Genf nicht nur die französische und englische Regierung, sondern auch die **deutsche Reichsregierung** vor ernste Probleme parlamentarischer Natur.

Schon haben die **Deutschnationalen** ihre Opposition angemeldet. Und die kommende Woche wird uns bereits eine Aussprache im Reichstag bringen. Wenn es nach den Deutschnationalen ginge, müßten wir uns jetzt des Paktes von Locarno entledigen und zumal Frankreich die Verträge vor die Füße werfen. Das wäre natürlich eine sehr unüberlegte Politik. Wir haben an dieser Stelle auch in den Artikeln, in denen wir an den Verträgen von Locarno rückhaltlos Kritik übten, immer wieder betont, daß in der Politik die **Verurteilung** der Handlung und die aus dieser Handlung zu ziehende praktische **Konsequenz sehr getrennte Dinge sind.** Allem Anschein nach sind Dr. Luther und Stresemann fest entschlossen, die **Politik von Locarno** trotz des Mißerfolgs **fortzusetzen,** und sie werden dabei sicherlich die Mehrheit des Reichstags auf ihrer Seite finden.

Nach den Genfer Ereignissen

Nach dem Scheitern des Eintritts Deutschlands hat sogleich die Abreise der Hauptdelegierten eingesetzt und der Völkerbundsrat will die Erledigung seiner laufenden Geschäfte auch noch am heutigen Donnerstag beenden. Vor ihrer Abreise haben Luther, Stresemann, Briand und Chamberlain der Presse Erklärungen abgegeben. Briand und Chamberlain haben erklärt, an der Verwirklichung des Friedenswerkes weiterarbeiten zu wollen, und Deutschland soll im Herbst in den Völkerbund eintreten. Das alles wird freilich sehr von der innerpolitischen Entwicklung in den einzelnen Ländern abhängen.

Die Vorgänge in Genf werden den **Reichstag** in der kommenden Woche beschäftigen. Was die außenpolitische Lage anlangt, werden die **Verträge von Locarno weiterlaufen,** wenn sie auch de jure erst mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Kraft treten können. Deutschlands Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund ist nicht zurückgezogen, da eine Zurücknahme zugleich eine Art Kündigung der Verträge von Locarno bedeuten würde. Der Völkerbund soll nun in den nächsten Monaten versuchen, den Weg für Deutschlands Aufnahme frei zu machen und zu einer Klärung zu kommen, ehe eine deutsche Delegation wieder in Genf erscheint, um den formalen Eintritt in den Bund zu vollziehen. Dabei wird es sehr darauf ankommen, welches Gesicht der Völkerbundsrat im Herbst hat und ob man Deutschland etwa zumutet, in einen Völkerbund einzutreten, dessen Kräfteverhältnisse zu Deutschlands Ungunsten völlig verschoben sind.

Die letzten Besprechungen Briands und Stresemanns

WTB. **Paris,** 18. März. (Tel.) Der Havasberichterstatter in Genf meldet: Stresemann und Briand haben bei ihrer letzten Zusammenkunft in Genf Fragen der **künftigen Außenpolitik** erörtert. In der Frage des **Eintritts Deutschlands** in den Völkerbund werden England und Frankreich, wenn der Vorschlag des japanischen Delegierten Ishii auf Einsetzung einer **Kommission** zur Prüfung der Reorganisation des Völkerbundsrats verwirklicht werden sollte, beantragen, daß **Deutschland** in dieser Kommission vertreten ist, daß dies das sicherste Mittel sein wird, die Wiederkehr von Ereignissen wie in dieser letzten Tagung zu vermeiden. Was **die Rückwirkungen von Locarno anlangt,** so ist kein Grund vorhanden, diese Politik der wirtschaftlichen und politischen Rückwirkungen im Anschluß an den Vertrag von Locarno nach den Ereignissen in Genf nicht fortzusetzen. Briand und Stresemann sind, so scheint es, entschlossen, nicht länger zu warten, die **Schiedsgrundsätze,** die den wesentlichsten Bestandteil der Abmachungen von Locarno bilden, auf die Beziehungen der beiden Länder in Anwendung zu bringen.

WTB. **London,** 18. März. (Tel.) Reuter erfährt, in zuständigen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß **das Schlimmste vermieden** worden sei, nämlich, daß die Völkerbundsversammlung mit **Erbitterung** auseinanderging und daß der Eindruck herrscht, irgend eine Nation sei zurückgesetzt oder die Locarnovereinbarungen seien in der einen oder anderen Form verletzt worden. Reuter fährt fort, die Genfer Verhandlungen hätten das vor der Zusammenkunft des Rates entstandene Gefühl zerstreut, daß der **Vertrag von Locarno** nicht dem Buchstaben getreu ausgeführt werden solle. Die Locarnomächte hätten jetzt endgültig erklärt, daß sie an den Grundsätzen der Verträge festhalten. Was die Erfüllung der Locarnoverträge verhindert habe, seien die natürlichen nationalen Aspirationen gewisser Mächte gewesen. Um diese Aspirationen zu befriedigen, habe man bei der Kürze der in Genf den Staatsmännern zur Verfügung stehenden Zeit keine Möglichkeit gefunden.

Die Rückkehr nach Berlin

Die **deutsche Delegation** trifft heute Donnerstag nachmittag in Berlin ein und wird wahrscheinlich noch am Abend dem **Reichspräsidenten** über die Genfer Vorgänge Bericht erstatten. Ob das Reichskabinett bereits am Abend oder erst am Freitag zusammentritt, steht zur Stunde noch nicht fest. Über die parlamentarische Behandlung der Genfer Vorgänge wissen die Blätter mitzuteilen, daß der **Auswärtige Ausschuß** des **Reichstages** von seinem Vorsitzenden, dem deutschnationalen Abg. Hergt, unmittelbar nach der Rückkehr der deutschen Delegation einberufen werde. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird im Plenum des Reichstags die **große außenpolitische Debatte** über Genf in Verbindung mit der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Äußern erfolgen. Diese Debatte wird voraussichtlich am **nächsten Montag** beginnen und mehrere Tage dauern.

Nach einer Mitteilung einer demokratischen Zeitungskorrespondenz beurteilen die **Regierungsparteien** das Ergebnis der Genfer Tagung wesentlich anders als die **Deutschnationalen.** Durch die gemeinsame Erklärung der Locarnomächte sei die Sicherheit für die Fortführung der einmal eingeleiteten europäischen Friedenspolitik gegeben. Im einzelnen werde noch festzustellen sein, ob und in welchem Umfange die Auswirkungen der Locarnoverträge noch weiterlaufen. Die Regierungsparteien glaubten mit guten Gründen eine geschlossene **Front** zur Verteidigung der bisherigen außenpolitischen Linie erreichen zu können. In dieser Beziehung würden sie, wie es in der Mitteilung der Korrespondenz heißt, auch mit der Unterstützung der **Sozialdemokraten** rechnen können. Vor der außenpolitischen Debatte im Reichstagsplenum dürften vertrauliche Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskanzler und dem Außenminister stattfinden, in denen die Fraktionen über die Einzelheiten der Genfer Verhandlungen unterrichtet werden sollen.

Im Gegensatz zu der Auffassung der demokratischen Zeitungskorrespondenz steht eine Mitteilung der „Deutsch. Allg. Zeit.", wonach bei den Regierungsparteien die Stimmung **nicht einheitlich** sei. Auf dem rechten Flügel des Zentrums, bei der Deutschen Volkspartei und bei der Bayerischen Volkspartei herrsche Verstimmung über die Genfer Vorgänge. Auch dieses Blatt kündigt Besprechungen der Parteiführer mit der Delegation an.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit, daß sich der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion dahin schlüssig geworden seien, daß die Verhandlung des deutschen Antrags auf Eintritt in den Völkerbund und die Haltung der deutschen Delegierten zu einem völligen Mißerfolg der Außenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann geführt habe. Die Reichstagsfraktion werde sofort die erforderlichen parlamentarischen Maßnahmen ergreifen.

Erklärungen Luthers und Stresemanns

Luther und Stresemann empfingen Mittwoch nachmittags vor ihrer Abreise in Genf die Vertreter der deutschen Presse.

Reichskanzler Dr. **Luther** führte aus, daß Deutschland erst nach Absendung des Eintrittsantrages die Ansprüche anderer Mächte vernommen hätte und daß vorher bereits Bindungen bestanden hätten, die Deutschland unbekannt waren. Das Festhalten an den Grundprinzipien, mit denen wir nach Genf kamen, war deshalb unumgänglich notwendig, weil unsere ganze schwere Arbeit von Locarno auf diesem Gedankengang aufgebaut war. In seiner Hamburger Rede sollte dem Verlauf der Entwicklung nicht vorgegriffen werden, doch habe der Inhalt seiner Darlegungen bedeutet, daß weder eine Vergrößerung, noch eine wesentliche Kräfteverschiebung im Rate von Deutschland zugelassen werden konnte. Deshalb war z. B. der Vorschlag, Schweden im Rate durch Polen zu ersetzen, unmöglich. Der letzte Versuch aber, der die Ersetzung zweier Mächte durch zwei andere wesentliche gleichbedeutende vorsah, war tragbar. Spaniens angekündigtes Verhalten — Zustimmung zum deutschen Ratssitz, oder eigene Zurückziehung von der Mitarbeit des Völkerbundes — war allerdings ein schon höchst unangenehmes Ereignis gewesen. Die Ablehnung Brasiliens indessen hat wie ein Naturereignis gewirkt. Sie war im höchsten Grade schwerwiegend und wurde von der Versammlung des Völkerbundes als eine außerordentliche Schädigung empfunden. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Verhütung von solchen Zwischenfällen dürfte doch nach Lage der Dinge jedenfalls nicht den deutschen Teilnehmern obgelegen haben. Die völlige Einigkeit der Locarnomächte, die einmütige Zustimmung der übrigen erscheischen aber für uns die Aufgabe, **auch in der Völkerbundsrichtung entschieden weiter zu arbeiten** und den Stand der Dinge so zu betrachten, daß wir uns bemühen, zum Segen für das deutsche Volk eine Entwicklung zu fördern, die uns im weiteren Verlaufe doch noch als Mitglied in den Völkerbund und in den Rat führt.

*

Vor den Vertretern der ausländischen Presse gab Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** unter nochmaliger Darlegung des deutschen Standpunktes einen kurzen geschichtlichen Überblick der Stellung, die Deutschland gegenüber dem Völkerbund in den letzten Jahren einnahm. Er unterstrich dann die Tatsache, daß auf deutscher Seite von der Absicht der tatsächlichen Erweiterung des Rates bis wenige Tage nach der Absendung des deutschen Antrages nichts bekannt war. Den sich daraus ergebenden Standpunkt habe die deutsche Delegation in Genf schon deshalb wahren müssen, weil andernfalls neue Verhandlungen der Reichsregierung mit den zuständigen Instanzen nötig gewesen wären. Der jetzige Stand der Dinge könne keinesfalls Deutschanld zur Last gelegt werden. Es sei auch für das Leben der Völker wichtiger, nach Mitteln des **Ausgleichs,** als nach Schuldigen zu suchen. Die Stellungnahme Deutschlands werde gegenüber den großen Fragen der **Völkerverständigung** und des Zusammenwirkens der Nationen **unverändert aufrechterhalten.**

Über die Bedeutung des **Communiqués der Locarnomächte** über Genf erklärte der Minister, die Mächte seien sich klar gewesen, daß die Locarnoverträge zwar juristisch noch nicht in Wirksamkeit getreten seien, daß sie aber politisch von allen Teilen als Grundlage der Zusammenarbeit anerkannt werden und daß nach jeder Richtung diese Politik so geführt werden solle, als ob Deutschland schon Mitglied des Völkerbundes wäre. Dieses Zusammenwirken der beteiligten Mächte sei deshalb notwendig, weil die Idee des Völkerbundes — nicht dessen hinreichend starke Organisation — im Herzen der Menschheit einen schweren Stoß erlitten hatte. Das gelte besonders für **Deutschland,** wo gerade die Aussicht auf das Genfer Ergebnis die Abneigung gegenüber dem Völkerbunde und schwer überwundene Bedenken gegenüber der Locarnopolitik ausgeräumt hätte. Das Zurücktreten des Gedankens der wenigstens teilweisen Universalität hinter verhältnismäßig kleinen Einzelinteressen werde man in Deutschland kaum verstehen. Die erschwerte Stellung der Regierung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit dürfe sie freilich nicht hindern, in der **angegebenen Richtung weiter zu arbeiten.** Die Erklärungen in der heutigen Völkerbundsversammlung und die Darlegungen Briands vor der deutschen Presse bestärkten den Minister

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

in der Auffassung, daß auch auf Seiten aller anderen Mächte Verständnis für die Notwendigkeit dieser weiteren Arbeit besteht.

*

Dem Genfer Vertreter der „Daily News" erklärte Stresemann, das Scheitern des deutschen Eintrittes in den Völkerbund bedeute, daß ein großer Teil der Arbeit der letzten sechs Monate vergeblich gewesen sei. Es könne sein, daß die deutsche Delegation, wenn sie nach Hause zurückkehre, finde, daß ein großer Teil der Begeisterung für den Völkerbund geschwunden sei. Die zerstörte Arbeit müsse nunmehr **wieder begonnen** werden. Der Aufenthalt der deutschen Delegation in Genf sei jedoch nicht vergeblich gewesen. **Neue Fühlungen** seien hergestellt worden. Es könne sogar vielleicht gesagt werden, neue Freundschaften seien gebildet worden.

Englische Stimmen

WTB. **London**, 18. März (Tel.) „Daily News" schreiben in einem Leitartikel über **„Das Verbrechen in Genf"** u. a. kein Vernünftiger könne durch den Versuch der **Hauptverschwörer** in Genf getäuscht werden, die gesamte Schuld auf Brasilien zu schieben. Briand und Chamberlain seien gemeinsam unmittelbar verantwortlich für die schmachvollen Vorgänge der letzten zehn Tage. Beide kehrten in ihre Hauptstädte zurück als geschlagene und **in Mißkredit gebrachte Staatsmänner.** Chamberlains erste Handlung beim Zusammentreffen mit Baldwin müßte die Einreichung des Rücktrittsgesuches sein. — „Westminster Gazette" schreibt, Chamberlain habe die moralische Führerschaft Englands in Genf verwirkt. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" schreibt, Deutschland verlasse Genf **stärker** als es bei seiner Ankunft gewesen sei.

Macdonald bezeichnete in einer Unterredung die Verschiebung der Genfer Verhandlungen als einen **Fehlschlag erster Größe.** Es sei noch zu früh, um zu sagen, welches die Rückwirkungen z. B. in Deutschland sein werden. Das Ansehen Englands sei in Genf sehr vermindert worden. Pflicht des Unterhauses sei es, das Ansehen wieder zu heben. In dieser Frage dürfe es keinen Parteikampf geben. — „Times" berichtet aus Genf, man erwarte, daß Deutschland an der Kommission zur Erörterung der künftigen Verfassung des Völkerbundes teilnehmen werde. — In einem Leitartikel schreibt das Blatt, die seit vielen Tagen ins Werk gesetzten Intrigen hatten sowohl die Anhänger als auch die Gegner des Völkerbundes angeekelt. Der Vorsitzende der Völkerbundsunion, Prof. Gilbert **Murray**, erklärte in einer Ansprache, es sei ein politischer Fehlschlag erster Größe, Deutschland dem Völkerbund fernzuhalten.

*

Nachrichten von einem bevorstehenden **Rücktritt Chamberlains** werden **dementiert.** Die „Preß Association" meldet, in gutunterrichteten politischen Kreisen in London sei man der Ansicht, daß Chamberlain sich vollkommen gerechtfertigt habe und daß keiner Nation eine Schuld zuzuschieben sei Gerüchte über einen Rücktritt Chamberlains fänden in maßgebenden Kreisen keinen Glauben.

Die Regierungserklärung Briands

WTB. **Paris**, 18. März (Tel.) Gestern abend trat der **Ministerrat** zusammen, um sich mit der heute im Parlament zu verlesenden **Regierungserklärung** zu beschäftigen. Diese Erklärung wird vom Parlament die unverzügliche Annahme der Gesetzentwürfe für die **Finanzsanierung** und den **Budgetausgleich** fordern, ferner Rückkehr zur Arrondissementswahl, Annahme des Gesetzentwurfs über das Wohnungswesen, Reorganisation des Heeres, soziale Versicherungen usw. Hinsichtlich der **auswärtigen Politik** wird die Erklärung den Willen der Regierung bestätigen, die **Politik der Entspannung** und der durch die Abkommen von **Locarno** eingeleiteten Versöhnung **fortzusetzen** und gleichzeitig auch ihr volles Vertrauen in den **Völkerbund** zum Ausdruck bringen.

Ministerpräsident **Briand** ist heute vormittag in Paris eingetroffen. Den Journalisten erklärte er: **„Die alte Politik wird fortgesetzt,** und wir hoffen, baldigst zu einer Lösung zu gelangen.

Die zufriedene Faszistenpresse

Die italienischen Faszistenblätter jubeln über den Mißerfolg in Genf. Der „Tevere" meint, daß Chamberlain enttäuscht, Briand ermüdet und Stresemann mit leeren Taschen zurückkehre. Nicht vom verlogenen jüdisch-internatinalen Genfergeist, sondern vom faszistischen Rom strahle das Licht aus. Der **Eintritt** des durch Mussolini zurechtgewiesenen **Deutschlands hätte zum Kriege führen müssen.**

Der Völkerbundsrat

hielt Mittwoch nachmittag eine kurze öffentliche Sitzung ab, in der u. a. einige kleinere den Schutz der **polnischen Minderheiten in Deutschland** betreffende Fragen durch vorläufige Maßnahmen in einer den deutschen Standpunkt rechtfertigenden Weise entschieden wurden. Außerdem nahm der Rat den von dem schwedischen Ratsmitglied **Unden** erstatteten Bericht über die außerordentliche Tagung der **Mandatskommission** des Völkerbundes in Rom entgegen. Der Völkerbundsrat wird am heutigen Donnerstag noch eine Sitzung abhalten und dann die ordentliche Frühjahrstagung abschließen.

Kurze Nachrichten

Der Deutschnationale Parteivorsitz. Die „Deutsche Allg. Ztg." und das „B. T." wollen wissen, daß Reichsminister a. D. Schiele erklärt haben soll, die Wahl zum deutschnationalen Parteivorsitzenden nicht anzunehmen, und daß jetzt als Nachfolger für den Parteivorsitzenden Winkler in erster Linie der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Graf **Westarp** in Frage komme.

Unterstützung des Sohnes Freiligraths. Der Reichspräsident und die preußische Staatsregierung haben zum fünfzigsten Todestage Ferdinand Freiligraths seinem 79jährigen Sohne Wolfgang **Freiligrath**, der in bedürftigen Verhältnissen lebt, gemeinsam eine fortdauernde Rente von 50 RM. bewilligt.

Die Finanzlage der Schweiz. Der nunmehr vorliegende Voranschlag der Schweiz für 1926 sieht Einnahmen in Höhe von 297,8 Millionen Franken vor, die Ausgaben belaufen sich auf 322 Millionen Franken. Der **Fehlbetrag** beläuft sich also auf rd. 24,2 Millionen Franken. Für das Militärdepartement sind 86,7 Mill. Franken ausgeworfen.

Frankreich und die Frage eines deutschen Kolonialmandats. Der „Petit Parisien" berichtet: Der Senatsausschuß für Kolonialfragen befaßte sich mit der Nachricht, daß Deutschland möglichst bald ein Kolonialmandat erhalten solle. Der Ausschuß beauftragte seinen Vorsitzenden, von der Regierung Aufklärungen hierüber zu fordern.

Rücktritt der tschechischen Regierung. Mittwoch abend um 8 Uhr fand in **Prag** unter dem Vorsitz des Vertreters des Ministerpräsidenten, des Ministers **Bechyne**, eine Sitzung des Ministerrats statt, nach deren Schluß die Demission des Kabinetts erfolgte. Der Grund ist eine Krise in der Koalition. **Man denkt an Schaffung einer vorläufigen Beamtenregierung.**

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin**, 17. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums beim Kapitel

Kunst und Wissenschaft

wird fortgesetzt.

Abgeordneter **Lambach** (DN.) unterstützt die vom deutschen Geographenbund in einer Entschließung aufgestellten Forderungen, daß in deutschen Atlanden, Reisehandbüchern, Karten und geographischen Veröffentlichungen für die Gebiete des fremden Auslandsdeutschtums **die alten deutschen Namen** für Orte, Gebirge, und Gewässer beibehalten **werden.** Die Reichsregierung sollte im Sinne der Forderung des Deutschen Geographenbundes wirken.

Abgeordneter Dr. **Schreiber** (Z.) begründet Interpellationen, in denen auch die schwere **Notlage der deutschen Künstler und der geistigen Arbeiter** hingewiesen wird. Die Reichsanstalten zur Förderung der wissenschaftlichen Forschungen auf den verschiedensten Gebieten seien ganz kläglich ausgestattet, vor allem müßten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Beschämend sei die kleine Summe, die im Etat zur Förderung der Kunst ausgesetzt ist. Für große Reichsaufträge sollten mehr als bisher die freien Architekten herangezogen werden (Beifall).

Abgeordneter Dr. **Heuß** (D.) wandte sich gegen den Kunstföderalismus, der darin zum Ausdruck komme, daß die Förderung von Kunst und Kultur zur Sache der Länder statt des Reiches gemacht werde. Weit mehr als bisher möge die Tätigkeit der **freien Künstler** gefördert werden. Das könnte auch der Reichstag durch die Erteilung von Aufträgen tun. Deutschland sollte sich mit dem Problem einer internationalen Kunstausstellung beschäftigen und in Kunstfragen aus dem Schmollwinkel heraustreten. In das **Theatergesetz,** dessen baldige Verabschiedung notwendig ist, sollte auch eine bessere Regelung und Sicherung der Tantiemenbezüge der Autoren aufgenommen werden.

Abgeordneter Dr. **Schwarz** (K.) bezeichnete die Kunst und Wissenschaft der Gegenwart als Klassenkunst und Klassenwissenschaft. Der preuß. Etat weist aber 25 Millionen zur Förderung der Pferderennen auf.

Abgeordneter Dr. **Mumm** (DN.) empfiehlt die Entschließung des Haushaltsausschusses, wonach die Notlage der Künstler gemildert werden soll durch die Veranstaltung von ständigen Ausstellungen und durch den Ausbau von Werkstätten und Ateliers für Künstler. Der Redner verlangt vom Minister ein Einschreiten gegen die Mißstände, die im großstädtischen Theaterwesen zu beobachten seien. Das Reichstheatergesetz, das Gesetz zum Schutze der Jugend bei den Lustbarkeiten und das Gesetz gegen Schund und Schmutz sollten schleunigst verabschiedet werden.

Damit schließt die Aussprache über Kunst und Wissenschaft.

Es folgen die Etatkapitel zum

Schulwesen und zur Förderung der Leibesübungen.

Abgeordneter Dr. **Löwenstein** (S.) fordert eine Beschleunigung der **reichsgesetzlichen Regelung des Lehrerbildungswesens.**

Abgeordneter **Schulze** (DN.) fordert die baldige Vorlegung eines **Reichsschulgesetzes.** Darin müsse auch dem unerträglichen Zustande ein Ende gemacht werden, daß die Schulen zum Tummelplatz des politischen Streites werden. Die Auflösungsfrist für die Privatschulen sollte bis 1935/36 verlängert werden.

Abgeordneter **Rheinländer** (Z.) verlangt gleichfalls eine beschleunigte Verabschiedung des Reichsschulgesetzes. Die Rechtsgrundlagen der Privatschulen müßten einheitlich behandelt werden. Notwendig sei ein Entwurf zur Ausführung des Artikels der Verfassung über den Religionsunterricht. Das christliche Erbgut müsse auch durch die Schule den Kindern erhalten bleiben. Endlich müsse auch die einheitliche Lehrerbildung durchgeführt werden.

Abgeordneter Dr. **Runkel** (DV.) fordert Hilfe für die Junglehrer. Nicht die Wirtschaft allein sei Deutschlands Schicksal, sondern vor allem die Kultur und ihre Förderung. Die Hoffnung auf eine einheitliche umfassende Schulgesetzgebung des Reiches sei bisher leider noch nicht erfüllt. Es sei nur zu wünschen, daß die Länder durch Verständigung untereinander auf diesem Gebiete dem einheitlichen deutschen Kulturgedanken dienen.

Abgeordneter Dr. **Schwarz** (K.) verlangt, daß die Prügelstrafe aus allen Schulen beseitigt werde, vor allem aus den Fürsorgeanstalten. Geradezu verbrecherisch gehe die bayerische Regierung gegen die kommunistische Jugend vor. Da wir leider noch nicht die Macht haben, so fährt der Redner fort, die Verbrecher an die Laterne zu hängen, müssen wir uns auf Kritik beschränken.

Abg. Frau **Lüders** (D.) weist auf das Mißverhältnis hin, das darin liege, daß für die Förderung der Bienenzucht 120 000 Mark für die sittliche Hebung des Volkes und vor allem der Jugend aber nur das doppelte dieses Betrages ausgegeben werde.

Abgeordneter Dr. **Bredt** (WVg.) bedauert die schleppende Behandlung des Reichsschulgesetzes. Dem Willen der Eltern müsse Rechnung getragen werden, wenn sie die weltliche, aber auch wenn sie die konfessionelle Schule fordern.

Abg. Frau **Lang-Brumann** (BVp.): Die Verteilung der zur Förderung der Leibesübungen ausgeworfenen Mittel müsse den Ländern überlassen werden, damit auch die turnende weibliche Jugend berücksichtigt wird.

Abg. **Seiffert** (Völk.) tritt für eine stärkere Förderung der Bewegung für die Ertüchtigung der Jugend und die Pflege der Leibesübungen ein.

Abg. **Schreck** (S.) wendet sich gegen die Bestrebungen, die die Freiheit der Kunst durch Gesetzgebung und Verwaltung einengen wollen. Die Volksbildungsorganisation verdiene die eifrigste Förderung. Volksbildend hätten auch die Arbeiterbildungsausschüsse in der arbeitenden Bevölkerung gewirkt. Die Liebe zum Vaterlande werde in der deutschen Jugend am besten durch die Förderung des Jugendwanderns gepflegt. Höchste Anerkennung verdiene die großzügige Arbeit der Deutschen Turnerschaft und der Arbeiter-Turnerbewegung.

Abg. Frau **Seidel** (DN.) tritt für die Aufrechterhaltung der Privatschulen ein.

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Z.) setzt sich für gesteigerte Pflege der Leibesübungen ein, besonders auch für das Jugendwandern. Der Verband für die Errichtung von Jugendherbergen verdiene für seine aufopfernde Tätigkeit größte Anerkennung. Nicht Nacktkultur, sondern gute deutsche Körperkultur seien zu pflegen.

Abg. **Crispien** (S.) protestiert gegen das Verbot des Filmes „Freies Volk" durch den bayerischen Innenminister.

Abg. Frau Dr. **Matz** (DV.) beklagt die böswillige und ganz verschiedenartige Auslegung der Verfassungsbestimmungen über die Privatschulen in den einzelnen Ländern. Eine reichsgesetzliche Sicherung der Rechtsgrundlagen für die Privatschulen sei notwendig.

Abg. **Rönneburg** (D.) fordert eine einheitliche nationale Kulturpolitik des Reiches. Auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens dürfe das Reich nicht zu vieles den Ländern überlassen. Zur Frage des Reichsschulgesetzes erklärte der Redner, daß die Demokraten nicht daran dächten, die Erziehungsrechte der Eltern zu schmälern, aber über dem Elternrecht stehe die Pflicht, sich der Gesamtheit einzuordnen und unterzuordnen.

Damit schließt ½8 Uhr die Aussprache über das Schulwesen. Die Abstimmungen werden auf Donnerstag vertagt, ebenso die Weiterberatung des Haushalts des Reichsinnenministeriums.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung, die um 12 Uhr mittags beginnt, steht u. a. auch die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister.

Politische Neuigkeiten

Das Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenhäuser

dessen Einzeichnungfrist am Mittwoch ablief, hat im Reich weit mehr als die erforderliche Zahl von 4 Millionen Eintragungen erbracht. In manchen Städten haben sich über die Hälfte der Stimmberechtigten eingetragen.

Die Gesamtzahl der Einzeichnungen für **Berlin** beträgt 1 583 000. Weitere Einzelresultate sind: **Frankfurt a. M.** 140 990 (etwa 40 Proz.), **Königsberg i. Pr.** 50 500 (26 Proz.), **Hannover** 149 150 (49 Proz.), **Halle** 49 400 (37 Proz.), **Hamburg** 396 000 (51 Proz.), **München** 99 600 (23 Proz.), **Nürnberg** 97 365, **Augsburg** 30 500 (30 Proz.), **Rheinpfalz** 147 500 (28 Proz.), **Stuttgart** 97 000 (41,2 Proz.), **Dresden** ca. 200 000 (45—50 Proz.), **Leipzig** 239 750 (51,19 Proz.), **Chemnitz** 117 561 (55 Proz.), **Breslau** 155 650 (30 Proz.).

Die Not der Winzer

Der Reichstagsausschuß, der sich mit der Notlage der Winzer beschäftigt, nahm am Mittwoch die Berichte der Ländervertreter von Württemberg, Bayern, **Baden** und Hessen über die **Verwendung der Kredite vom vorigen Jahre** entgegen, aus denen hervorgeht, daß sie im allgemeinen nach den Weisungen der Reichsregierung als Personalkredite an den Weinbau ausgegeben worden sind. Die zahlreichen Anträge in dieser Frage wurden darauf einem Unterausschuß zur Verarbeitung und Zusammenfassung überwiesen. Zu der Frage der Steuerveranlagung, Steuerstundung usw. erläuterte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Richtlinien, nach denen die Reichssteuern veranlagt und eingezogen werden sollen. Hierzu äußerten sich Redner der Deutschnationalen, Kommunisten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, aus deren Erklärungen hervorging, daß doch wohl seitens der untergeordneten Stellen nicht immer nach den wohlmeinenden Weisungen von oben verfahren worden sei.

Für eine Änderung der Erwerbslosenfürsorge

In einer **Eingabe** an den Reichsarbeitsminister beschäftigten sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine freie Angestelltenbund als **Spitzenverbände der Gewerkschaften** mit der Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Sie halten die sofortige Beratung, Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung für dringend geboten. Weiter heißt es in der Eingabe: Da mit einer raschen Erledigung aber nicht gerechnet werden kann, muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erblicken wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen. Gleichzeitig müßten die Bestimmungen über die Kriegsrente und Bedürftigkeit ausgemerzt werden. Eine Besprechung dieser Anträge mit den Gewerkschaften müßte erfolgen.

Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost

wies Reichspostminister Dr. **Stingl darauf** hin, daß sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1925 eine gewisse **Festigung** der ganzen Postfinanzwirtschaft gezeigt habe. Auch im Jahre 1925 seien sowohl in der Verkehrspolitik wie in der Wirtschaftspolitik gute Fortschritte gemacht worden. Zu der Frage ob und wie sich das Reichspostfinanzgesetz bewährt habe, erklärte der Minister, daß das Gesetz auch im zweiten Jahre seines Bestehens im allgmeinen den Erwartungen entsprochen habe. Eine Aufhebung des Gesetzes würde mit den günstigen Erfahrungen, die bisher mit ihm gemacht worden seien, nicht vereinbar sein.

In einer Entschließung sprach sich der Verwaltungsrat dahin aus, daß das Reichspostfinanzgesetz sich unbestreitbar bewährt und dazu beigetragen habe, das Unternehmen der Reichspost nach den schweren Schädigungen der Inflationszeit wieder gesund und leistungsfähig zu gestalten. Der Verwaltungsrat stimmte darauf einigen Änderungen der Postordnung zu und genehmigte den Voranschlag der deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1926.

Die Brüder Barmat aus der Haft entlassen. Das Kammergericht Berlin hat auf die Beschwerde, die von den Anwälten der wiederverhafteten Brüder Henry und Julius Barmat eingereicht worden war, beschlossen, die beiden sofort aus der Haft zu entlassen. Darauf sind die beiden noch Mittwoch nachmittag auf freien Fuß gesetzt worden. — Die Gläubiger des Barmatkonzerns, die Reichspost, die Preußische Staatsbank, die Oldenburgische Staatsbank und die Brandenburgische Girozentrale hatten ein Schiedsgericht zur Entscheidung ihrer Ansprüche gegen Julius Barmat persönlich angerufen. Das Schiedsgericht hat nach zweitägiger Beweisaufnahme die Klage abgewiesen und die Kläger zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

Verurteilung des Schriftstellers Pudor. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig hatte sich der 60jährige Schriftsteller **Pudor** aus Leipzig zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Nr. 12 und 13 der Zeitschrift „Hakenkreuz" Wendungen gebraucht zu haben, die zur Ermordung des Außenministers und zu Gewalttaten gegen die Juden aufreizten. Gleichzeitig wurde in einem anderen Artikel Reichspräsident v. Hindenburg aufs schwerste beleidigt. Pudor wurde **wegen** Vergehen gegen § 78 zum Schutze der Republik zu **einem Jahr drei Monaten Gefängnis** und 100 M. Geldstrafe verurteilt sowie zur Tragung der Prozeßkosten.

Das Saargebiet und der Völkerbund. In unterrichteten Kreisen des Völkerbundssekretariats in **Genf** gilt die Wahl des Kanadiers **Stephens,** der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission für das Saargebiet angehört, an Stelle des ausscheidenden Präsidenten der Regierungskommission, **Raoult,** als sicher. Damit wird dem seit Jahren bestehenden Wunsch der saarländischen Bevölkerung auf Ersetzung Raoults endlich erfüllt werden. Wie weit die übrigen Wünsche der saarländischen Bevölkerung, insbesondere hinsichtlich der baldigen Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet bei den heutigen Verhandlungen vor dem Rat im Sinne der Saarländer entschieden werden, läßt sich — wie WTB meldet — noch nicht sagen.

Brussilow †. In **Moskau** ist **General Brussilow** an einer Lungenentzündung gestorben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Prozeß Matteotti, der zu Chieti verhandelt wird, begann am Mittwoch das Verhör der Zeugen. Ein Kommissar der Sicherheitspolizei erklärte, daß die Polizei das Haus Matteottis sorgfältig beaufsichtigt hätte, daß aber die Polizisten die Entführung nicht hätten beobachten können, weil sie auf der Uferseite des Tiber erfolgte. Ein Portier erklärte, er hätte ein Automobil gesehen, dessen Nummer er sich merkte. Ein anderer Zeuge sagte aus, er hätte gesehen, wie die Entführer einen Menschen mit Gewalt in den Kraftwagen schoben. Ein 12jähriger Knabe erklärte, daß er gesehen hätte, wie 4 Menschen einem fünften einen Stoß gegen den Bauch versetzten und ihn in einen Kraftwagen schoben, indem sie ihn an Kopf und Füßen festhielten.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, den 17. März.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet ¾4 Uhr die Sitzung.

Das Eingangsverzeichnis hat wieder einen bedeutenden Zuwachs erfahren.

Regierungsseitig werden zunächst

Kurze Anfragen

beantwortet. — Für die Anwohner des **Steinschlages am Münsterberg** bei Breisach sind Schutzmaßnahmen in Aussicht genommen. — Die Beseitigung weiterer **schienengleicher Übergänge** wird die Reichsbahndirektion **nach Maßgabe der hierfür** vorhandenen Mittel vornehmen.

Geschäftliches

Das Haus erklärt sodann das Mandat des Abg. **Gebhard** (Bo. Vgg.) infolge Verzicht für erloschen und stellt die Nachfolgerschaft des Bürgermeisters und Landwirts **Hertle**-Sachsenflur fest. — Ein Antrag des Generalstaatsanwalts auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Studenten Erich **Leucker** aus Ludwigshafen wegen Beleidigung des badischen Landtages wird abgelehnt, da die Würde des Hauses zu hoch stehe, als daß sie durch ungezogene Äußerungen eines angetrunkenen Studenten in der Fastnachtsnacht angetastet werden könnte. Leuckel gebrauchte die losen Worte bei der Namensfeststellung wegen Überschreitens der Polizeistunde. Der Fall, der einige Heiterkeit hervorruft, soll aber vom Unterrichtsministerium dem Senat der Technischen Hochschule zur Kenntnis gebracht werden zwecks Ergreifung von Maßnahmen im Disziplinarwege.

Einstimmig billigt das Haus eine Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne einer **Vereinfachung der Behandlung von Gesuchen und Beschwerden.**

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abg. **Marum** (Soz.), berichtet dann über einen Gesetzentwurf betr.

die Steuererhebung in den Monaten April bis September 1926

nach den zurzeit geltenden Gesetzen und Steuersätzen. Ferner soll die Regierung die Ermächtigung zur eventuellen vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel bis zum Höchstbetrage von 1 Millionen Reichsmark erhalten.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. **Klaiber** (Bg. Vgg.) und **Bock** (Komm.) wird der Vorlage in beiden Lesungen zugestimmt. Dagegen sind nur die Kommunisten.

Die Ausfallgarantie für Exporte nach Rußland

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) erstattet Bericht über den Gesetzentwurf wegen Übernahme einer **Ausfallgarantie** von 5 Millionen Reichsmark durch das Land Baden für Lieferungsgeschäfte nach Rußland. Es ist eine Folge des Exportkredits des Reiches.

Der Ausschuß beantragt die Annahme der Vorlage und dazu folgende **Entschließung:** „Die Regierung wird ersucht, alljährlich über die übernommenen Verpflichtungen und deren Auswirkungen dem Landtag eine Aufstellung zugehen zu lassen."

Abg. **Duffner** (Ztr.) begrüßt die Aktion und bittet die Regierung, in Berlin dahin zu wirken, daß die **Schwarzwälder Uhren** usw. in die Warenliste aufgenommen werden. Auch sei an die **Pforzheimer Schmuckwarenindustrie** zu erinnern, die früher ein gutes Absatzgebiet in Rußland hatte.

Abg. **Klaiber** (Bg. Vgg.) fürchtet von dem Austauschgeschäft mit Rußland schwerwiegende Nachteile für die deutsche Landwirtschaft und sieht sich außerstande, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. **Bock** (Komm.) meint, nachdem die Industrie bei dem Geschäft verdiene, sollte auch der Staat seinen Anteil verlangen. Er hält gleichfalls die Einbeziehung der badischen Uhrenindustrie in die Warenliste für erwünscht und fordert schließlich, daß sich der Exportweg nach Rußland für Deutschland in weitgehendem Maße sozial auswirkt.

Abg. **Habermehl** (Bg. Vgg.) erblickt in der Vorlage ein klassisches Beispiel für die ungeheuere Not in der sich die deutsche Industrie befinde. Ihr sei es in erster Linie darum zu tun, **ihre Arbeiter zu beschäftigen**, nicht, wie der Vorredner behauptete, um in Rußland ein besonders großes Geschäft zu machen. Die Industrie sei heute gezwungen, neue Artikel zu suchen, da andere nicht mehr exportfähig hergestellt werden können. Der Redner polemisiert gegen die Kommunisten wegen der von ihnen beliebten Darstellung der russischen Verhältnisse. Nach empfehlenden Worten für die badische Uhrenindustrie und die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie erklärt Abg. Habermehl, daß in seiner Fraktion die Abstimmung freigegeben sei.

Ministerialrat Dr. **Scheffelmeier** weist darauf hin, daß die Art der nach Rußland einzuführenden Erzeugnisse von der russischen Regierung bestimmt wurde. Für Baden komme eine sehr beachtliche **eisenverarbeitende Industrie** in Betracht und daraus resultiere sein Interesse an dem Exportgeschäft mit Rußland.

Abg. Dr. **Gündert** (D. Vp.) stimmte namens seiner Fraktion der Vorlage zu, da es Pflicht eines jeden sei, alles zu tun, was zur Belebung unserer Wirtschaft beitragen kann.

Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.) äußert sich gleichfalls zustimmend. Auch auf seiner Seite seien die vorgebrachten Bedenken vollauf gewürdigt worden. Wir wollen aber Arbeitsgelegenheit schaffen.

Abg. **Scheel** (Dem.) betont, das gesamte deutsche Interesse an der Erschließung von Exportmöglichkeiten und befürwortet die Vorlage.

Nachdem noch einmal der Abg. **Bock** gesprochen und Abg. Dr. **Föhr** auf das Schlußwort verzichtet hatte, wird der Gesetzentwurf betr. den Ausfallkredit für Rußland mit 58 gegen 8 Stimmen in erster und zweiter Lesung **angenommen**, desgleichen die oben mitgeteilte Entschließung.

Abg. Dr. **Obkircher** (D. Vpt.) berichtet namens des Rechtspflegeausschusses über den kommunistischen Antrag betr.

die Entschädigungsforderungen der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser

und kommt zur **Ablehnung**, nachdem er ein Bild des derzeitigen Standes der Abfindungsfrage (Kompromißgesetzentwurf) gegeben hat. In Baden ist die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen großherzoglichen Hause durch Ablösungsvertrag vom April 1919 erledigt. Der Berichterstatter hebt hervor, daß auch bei den neueren Verhandlungen auf beiden Seiten loyal und anständig verfahren wurde.

Abg. **Ritter** (Komm.) begründet darauf in einstündiger Rede den Antrag wie auch eine Förmliche Anfrage betr. Abfindung bezw. Aufwertungsforderungen des ehemaligen badischen Fürstenhauses.

Finanzminister Dr. **Köhler** antwortet: Durch den Währungsverfall haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des ehemaligen großherzoglichen Hauses verschlechtert. Im Jahre 1924 ist die Vermögensverwaltung wegen einer entsprechenden Aufwertung des Ablösungsbetrages von 8 Millionen an die Regierung herangetreten. Aufwertungsansprüche sind aber von uns stets abgelehnt worden. Für uns in Baden ist die Abfindungsfrage endgültig erledigt. Das 1918 in feierlicher Stunde gegebene Versprechen, das Eigentum des großh. Hauses zu schützen, wollen wir halten (Beifall). Der Minister wiederholt seine gestern im Ausschuß abgegebenen Erklärungen und schließt: Wir haben keinen Anlaß, dem badischen Fürstenhause einen Stein nachzuwerfen. Wenn je ein Fürst sich seit dem November 1918 korrekt gegenüber seinem Lande verhalten hat, so war es der letzte Großherzog (Zustimmung).

Abg. **Duffner** (Ztr.) verliest eine Erklärung seiner Partei, die sich aus grundsätzlichen weltanschaulichen Erwägungen gegen die entschädigungslose Enteignung wendet und sich bezüglich der Vermögensauseinandersetzung mit der großherzogl. Familie auf den geltenden Rechtsboden stellt.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bg. Vgg.) lehnt den kommunistischen Antrag gleichfalls ab, da er dem Artikel 153 der Reichsverfassung und dem föderalistischen Charakter des Reiches widerspreche und so außerhalb jeder Erörterung stehe. Es handle sich lediglich um einen Versuch kommunistischer Machterweiterung.

Auch die Abg. Dr. **Obkircher** (D. Vpt.) und **Wolfhardt** (Dem.) geben für ihre Parteien ablehnende Erklärungen ab unter ausdrücklicher Anerkennung der Richtigkeit des Regierungsstandpunktes. — Da um 9 Uhr abends die Sitzung noch andauerte **stellten die Presseberichterstatter ihre Tätigkeit ein.**

*

DZ. **Karlsruhe**, den 18. März.

Nachdem gestern abend noch die Abg. **Bock** (Komm.) und Dr. **Engler** (Soz.) gesprochen hatten und darauf der **kommunistische Antrag** mit 40 gegen 14 (soziald. und komm.) Stimmen **abgelehnt** worden war, vertagte sich das Haus gegen ¾10 Uhr auf Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Zu Beginn der heutigen 25. Sitzung wird eine **Kurze Anfrage** betr. die **Verkehrsverhältnisse am Karlstor in Heidelberg** regierungsseitig dahin beantwortet, daß die Regierung sich für die Wünsche der Stadt Heidelberg bei der Reichsbahndirektion einsetzen werde.

Es folgt der Ausschußbericht des Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.) über den Gesetzentwurf über Bürgschaften des Landes Baden für

Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an das Handwerk, sowie an Einkaufsgenossenschaften des Handels und an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine).

Der Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle

I. 1. die §§ 1 und 2 des genannten Gesetzentwurfes folgendermaßen abändern:

a) § 1 soll lauten:

Der Minister des Innern wird ermächtigt, zur Linderung wirtschaftlicher Notlagen

1. für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen die selbstschuldnerische Bürgschaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrag von10 Millionen RM. zu übernehmen, und zwar:

a) zugunsten der Badischen Landwirtschaftsbank in Karlsruhe und der Badischen Bauernbank in Freiburg bis zu einem Betrag von je 2 000 000 RM.,

b) zugunsten der Badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Karlsruhe und der Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft des Badischen Bauernvereins in Freiburg bis zu einem Betrage von je 2 000 000 RM., sowie zugunsten der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser in Tauberbischofsheim bis zu einem Betrage von 1 700 000 RM.,

c) zugunsten der Badischen Landwirtschaftskammer bis zu einem Betrage von 300 000 RM.;

2. für Darlehen an das badische Handwerk sowie an Einkaufsgenossenschaften des Handels und an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) die selbstschuldnerische Bürgschaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrage von 6 000 000 RM. zu übernehmen und zwar:

a) zugunsten des Badischen Handwerks bis zu einem Betrag von 3 000 000 RM.,

b) zugunsten der Einkaufsgenossenschaften des Handels bis zu einem Betrag von 1 500 000 RM.,

c) zugunsten von Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereinen) bis zu einem Betrage von 1 250 000 RM.,

d) zugunsten der Kreditgenossenschaften (Schultze-Delitzsche Genossenschaften) bis zu einem Betrag von 250 000 RM.

b) § 2 soll lauten:

Die unter § 1 Ziffer 1 aufgeführten Bürgschaften erlöschen zur Hälfte der Bürgschaftssummen am 31. Oktober 1926, zur anderen Hälfte am 31. März 1927; die unter § 1 Ziffer 2 erwähnten Bürgschaften erlöschen mit je einem Viertel der Bürgschaftssummen am 30. Juni 1926, am 30. September 1926, am 31. Dezember 1926 und am 31. März 1927.

2. dem so abgeänderten Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen,

3. für die zweite Beratung von der Frist des § 49 der Verfassung absehen,

4. das Gesetz als dringend im Sinne des § 23 Abs. 3 der Verfassung erklären.

II. Die Anträge der Abg. Wilser und Gen., Bürgschaften für die Kredite für die kleinere und mittlere Industrie, Drucks. Nr. 30, und der Abg. Dr. Mattes und Gen., Wechselverbindlichkeiten der Landwirtschaft, Drucks. Nr. 61, sowie die Gesuche der Direktion und der Angestellten und Arbeiter der Maschinenfabrik Badenia in Weinheim durch Annahme des Antrags des Haushaltsausschusses, Drucks. Nr. 64 (71) a, in der 22. Sitzung des Badischen Landtags vom 18. Februar 1926, ferner Das Gesuch der Badischen Landwirtschaftsbank, der Bad. Hauptgenossenschaft, der Bad. Bauernbank und des Bad. Bauernvereins durch die Beschlußfassung zu Drucks. Nr. 101 für erledigt erklären.

III. Den Antrag der Abg. Dr. Mattes und Gen., Bürgschaftsübernahme für einen Kredit zur Beleihung der Tabakernte 1925, Drucks. Nr. 99, ablehnen und das Gesuch der Tabakpflanzer der Gemeinde Leimen durch die Beschlußfassung für erledigt erklären.

Abg. **Brixner** (D. Vp.) empfiehlt den Antrag seiner Partei auf Bürgschaftsübernahme für einen Kredit von 1 Million Reichsmark zur Beleihung der **Tabakernte** 1925.

Abg. **Engelhardt** (Zentr.) begrüßt die neuen Termine im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft. Er, wie auch der Abg. **Klaiber** (Bg. Vgg.) nahmen sich der Tabakpflanzer an.

Abg. **Scheel** (Dem.) stimmte der Vorlage zu.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) erklärte, die Erfahrung habe gezeigt, daß es verfehlt wäre, Fragen **der Kreditgewährung** übereilt zu behandeln.

Abg. **Bock** (Komm.) befaßte sich mit einer Eingabe des Kleinbauern- und Pächterverbandes und meinte, die Kredite hätten den Landwirten keine nennenswerte Hilfe gebracht.

Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.) führt aus, daß jetzt mit der Rückzahlung ernsthaft begonnen und mit den gesamten Bürgschaften ein Ende gemacht werden müßte. Das solle ohne Härten geschehen, was bei Einhaltung der neuen Termine möglich sei.

In seinem Schlußwort stellt der Berichterstatter gegenüber dem Abg. Bock fest, daß wir mit der Kreditwirtschaft Schluß machen müssen, soll sie bei den hohen Zinsen nicht zum Verhängnis für die Landwirtschaft werden. Der Ausschuß sei der Überzeugung, daß die Termine eingehalten werden können.

Die Vorlage findet in beiden Lesungen **einstimmige Annahme.**

Die dazu gestellten Anträge werden für erledigt erklärt; der Antrag betr. Beleihungskredite für die **Tabakernte** 1925 **mit** 48 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Steuererhebung auf dem Lande

Abg. **Seubert** (Ztr.) berichtet über den Antrag Dr. **Schofer** (Ztr.) betr. Besserung der Lage der **früheren Steuererheber** und **Erleichterung** der **Steuererhebung auf dem Lande** durch Errichtung von Hilfskassen, kostenlose Amtstage und die Möglichkeit, bei den Hilfskassen alle Reichs- und Landessteuern entrichten zu können. Der Ausschuß beantragt, die Regierung zu ersuchen, im diesen Sinne bei der Reichsregierung zu wirken.

Abg. **Rauh** (Ztr.) erkennt mit dem Berichterstatter an, daß die badische Regierung schon bisher das Möglichste getan hat, damit den Bedürfnissen des badischen Landvolkes Rechnung getragen wird. Die Klagen seien berechtigt und der Unmut draußen auf dem Lande sehr groß. Die bedürftigen Steuererheber hätten das weitgehendste Entgegenkommen verdient. Wir wenden uns entschieden gegen einen weiteren Abbau der Steuereinnehmereien. Man sollte für die Verhältnisse auf dem platten Lande mehr Verständnis aufbringen und in einer Zeit wo die Steuerlast ungeheuer groß sei, die Bezahlung der Steuer nicht noch erschweren.

Abg. **Gehweiler** (Soz.) verweist ebenfalls auf die Erbitterung der Landbevölkerung über die Verminderung der badischen Steuereinnehmereien von 1500 auf 600. Zu den Unzuträglichkeiten für die Steuerzahler kommt die Not der oft mit 40 bis 50 Dienstjahren abgebauten Steuererheber. Es seien schon energische Schritte bei der Reichsfinanzverwaltung am Platze; denn auch die Bezahlung der Hilfskassenverwalter stehe in keinem Verhältnis zu den verlangten Leistungen.

Abg. **Hertle** (B. Vgg.) beklagt sich über die Zurücksetzung der Landbewohner seit Übergang der Steuerverwaltung an das Reich. Er unterstützt voll und ganz den Zentrumsantrag.

Abg. **Haas** (D. Vpt.) glaubt nicht, daß von Berlin aus mit bösem Willen gearbeitet wird. Eine solche Auffassung hinauszutragen sei keine Förderung des Gedankens der Reichseinheit. Die Maßnahmen des Reichsfinanzministers seien eben diktiert von dem **Wort Sparsamkeit**, das heute ja alles beherrscht. Im übrigen erkennt der Redner die Berechtigung der Klagen an; er erwägt weiter die Frage, ob nicht das Land Baden zur Unterstützung abgebauter Steuererheber mit einer gewissen Dienstzeit moralisch verpflichtet sei, sofern sie vom Reich verweigert werde. Auch bestehe darüber kein Zweifel, daß die Vergütung der Hilfskassenverwalter erhöht werden muß. Die Errichtung von Hilfkassen sei mit allen Mitteln zu unterstützen.

Abg. **Dees** (Dem.) pflichtet dem Vorredner in bezug auf die sachlichen und persönlichen Nachteile der Neuordnung beim Übergang der Steuerverwaltung an das Reich restlos bei und erwartet von der badischen Regierung, daß sie ihre Vorstellungen in Berlin entschieden weiterbetreibt.

Abg. **Engelhard** (Ztr.) hofft, daß der Notschrei der Landgemeinden sowie der früheren und jetzigen Einziehungsbeamten nicht ungehört verhallt.

Nachdem noch Abg. **Schreck** die Zustimmung der Kommunisten zum Antrag erklärt hat, wird dieser einstimmig **angenommen.**

Der Antrag **Gebhard** (Bg. Vgg.) auf Nichterhebung der Einkommensteuer in den badischen Notgebieten wird durch die Maßnahme der Regierung (Steuersenkung usw.) für erledigt erklärt.

Abg. **von Au** (Bg. Vgg.) berichtet über den Antrag **Büchner** (Ztr.), wonach die Regierung um eine Vorlage ersucht werden soll, die eine den heutigen Verkehrsverhältnissen **angepaßte**

Änderung des Straßengesetzes

bringt. Der Haushaltsausschuß empfiehlt mit Mehrheit **die** Annahme,

Abg. **Büchner** (Ztr.) begründet seinen Antrag mit der in der Neuzeit ungewohnten Dichtigkeit des Verkehrs auf den Landstraßen, ihre Abnützung durch die Autos und der Notwendigkeit einer Lastenverteilung für den Straßenunterhalt. Die Gemeinden sollen entlastet, der Staat belastet werden. Empfehlenswert hält der Redner die frühzeitige Aufstellung von Generalbebauungsplänen. Der Antrag findet ohne weitere Debatte **einmütige Annahme.**

Abg. **von Au** (Bg. Vgg.) berichtet weiter über einen Antrag Büchner (Ztr.), demzufolge mit der baulichen Verwaltung und dem Betrieb der Reichswasserstraßen die Länder beauftragt werden und das Reich von der Schaffung eigener

Wasserstraßenbaubehörden

in den Orts- und Bezirksinstanzen absieht.

Das Haus stimmt nach kurzer Begründung durch den Antragsteller, der darlegt, daß die badischen Belange im Rahmen des Reichsinteresses nach wie vor nur durch badische Beamte selbst gewahrt werden könnten und eine Doppelbesetzung der Stellen vermieden werden soll, dem Antrage **einstimmig** zu.

Abg. **Büchner** (Ztr.) berichtet über einen Antrag **Bauer** (D. Vpt.), wonach die Regierung Mittel bereitstellen möge, um die vor dem 1. September 1924

aus der Schutzpolizei Ausgeschiedenen

mit einer mehr oder minder entwerteten einmaligen Übergangsbeihilfe abgefundenen **Versorgungsanwärter** vor der größten Not zu schützen. Die Regierung teilte im Ausschuß mit, daß zu dem Antragszwecke ein besonderer Fonds nicht errichtet zu werden braucht, da aus schon vorhandenen Mitteln Beihilfen gewährt werden können.

Der in diesem Sinne abgeänderte Antrag wird nach Befürwortung durch den Abg. **Bauer** (D. Vpt.) bei Stimmenthaltung der Kommunisten **angenommen.**

Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (Bg. Vgg.) äußert sich als Berichterstatter über die Stellung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag Bauer (D. Vpt.) auf baldige Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe von 30 M. an alle in Baden lebenden

Altveteranen,

sofern sie die Kriegsteilnehmerbeihilfe beziehen. Von Interesse ist, daß sich z. Z. noch 3554 Altveteranen im Genusse der Beihilfe befinden. Auch im laufenden Rechnungsjahre soll die von reichswegen bezahlte einmalige Teuerungszulage in Monatsraten von 7,50 M. geleistet und den Witwen die Beihilfe belassen werden. Der Reichsfinanzminister hat ferner für dieses Jahr eine Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfe zugesagt, zu dieser Materie liegt auch eine Eingabe des Prä-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stiums des Badischen Kriegerbundes vor, die der Ausschuß in dem Sinne empfehlend überweisen will, daß die Regierung beim Reichsfinanzministerium für eine dem gesunkenen Geldwert und der veränderten Wirtschaftslage entsprechende **Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfe** für die Altveteranen eintritt, sowie für die Belassung der Beihilfe an die Witwen.

Der Antrag soll für erledigt erklärt werden.

Abg. **Bauer** (D. Vpt.) bedauert dies. Nach kurzen Schlußbemerkungen des Berichterstatters tritt das Haus den **Ausschußbeschlüssen** bei, 9 Abgeordnete der Volkspartei und Bürgerl. Vereinigung enthalten sich der Stimme.

Außerhalb der Tagesordnung verliest Abg. **Dr. Obkircher** (D. Vpt.) eine Erklärung, die sich auf die nunmehr im Wortlaut vorliegende Rede des Abg. Dr. **Hoffmann** (Ztr.) anläßlich der Mensurdebatte bezieht. Dieser entgegnet kurz, worauf sich das Haus auf nachmittags 5 Uhr vertagt. Schluß ½2 Uhr.

*

Vom Haushaltsausschuß

Bei der Beratung des **Lehrerbildungsgesetzes** hatte der Berichterstatter eine Aktennotiz des Direktors des Innenministeriums beigegeben, die besagt, daß wenn für die Volksschullehrer als Vorbildung das Abitur und eine Hochschulbildung vorgesehen würden das Nachdrängen von **600 mittleren Verwaltungsbeamten** nicht aufgehalten sei. Die Demokraten stellten nun am Mittwoch den Antrag, diese Anlage aus dem Bericht wieder zu entfernen, da es nicht üblich sei, Aktennotizen von Referenten als Anlagen zu behandeln. Der Antrag wurde mit 13 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit der **Ausfallsicherung für Lieferungen nach Rußland** in Höhe von 5 Mill. Mark. Ein Regierungsvertreter gab die vom Reiche eingegangenen näheren Bestimmungen bekannt, wonach das Reich die Frist für die Gewährung der Sicherung bis zum 31. Dezember 1926 setzt, so daß die eine Kreditfrist (Lieferung von Maschinen und ähnlichem) bis zum 31. Dez. 1928 und der andere Teil (bauliche Anlagen) bis zum 31. Dezember 1932 abläuft. Ein Zentrumsredner beantragte, daß in das Warenverzeichnis, für deren Ausfuhr die Sicherung übernommen wird, auch die Erzeugnisse der **Schwarzwaldindustrie** (Uhren usw.) aufgenommen werden. Die Regierung will diese Aufnahme beim Reich betreiben.

Die vom Zentrum beantragte Entschließung über die jährliche Auskunftserteilung durch die Regierung wird einstimmig angenommen.

Ferner wird fast einstimmig angenommen ein Gesetzentwurf, nach dem die **direkten und indirekten Steuern**, die in den Monaten April bis September 1926 zum Einzug kommen, nach den zurzeit geltenden Gesetzen und Steuersätzen zu erheben sind und das Finanzministerium ermächtigt wird, Schatzanweisungen bis zum Höchstbetrage von zehn Millionen auszugeben.

Nach einer Bekanntgabe des Finanzministers wird der **Staatsvoranschlag** nächste Woche dem Landtag vorgelegt werden. Der Minister bat um baldige **Verabschiedung der Kredite** für die vom Staate zu vollziehenden **Bauten**.

Das Volksbegehren in Baden

Nach dem Ablauf der Eintragungsfrist liegen nun bereits die vorläufigen Ergebnisse aus einer Reihe von Städten und Gemeinden vor. Es melden: **Mannheim** rund 81 000 (ca. 52 Proz. d. Wahlber.), **Karlsruhe** 29 200 (29 Proz.), **Freiburg** 18 283 (30 Proz.), **Lahr-Stadt** 2957 (31,8 Proz.), **Triberg** 884 (33 Proz.), **Haslach i. K.** 1090 (59 Proz.), **Hausach** 578 (42,4 Proz.), **Hornberg** 1119 (54,2 Proz.), **Singen** 3237 (47,5), **Offenburg** 3479 (30,5 Proz.), **Lörrach** (einschl. Stetten) 4642 (44 Proz.), **Konstanz** 6857 (31,5 Proz.), **Ettlingen** 2343 (40 Proz.), **Emmendingen** 1599 (28,5 Proz.), **Kehl** 2053 (32,5 Proz.), **Schopfheim** 1342 (45,5 Proz.), **Villingen** 3748 (35 Proz.), **Überlingen** 1709 (47,9 Proz.), **Radolfzell** 1545 (35 Proz.), **Baden-Baden** 3448 (bei 17 500 Wahlberechtigten), **Durlach** 5390 (12 000), **Weingarten** 1141 (3100).

Aus der Landeshauptstadt

„Im Zauber der Wildnis" betitelt sich ein neuer Film, durch den uns die **Badischen Lichtspiele Konzerthaus** nach kaum erforschten Urwaldgegenden Afrikas führen, und das Leben und Treiben der Tiere in der Wildnis zeigen. Die von einer amerikanischen Gesellschaft unternommene Expedition bereist das Gebiet Britisch-Ost-Afrika. In zwei Jahren wird das Land durchstreift und alles wird in prachtvollen Aufnahmen festgehalten. In der Nähe von Wasserlöchern oder Flüssen werden die Apparate aufgebaut und verschanzt. Hier bietet sich die beste Gelegenheit, alle Gattungen von Tieren, Giraffen, Zebras, Antilopen, Schakale, Elefanten, Löwen, Leoparden, Nashörner u. v. a. mehr in afrikanischer Wildnis zu belauschen. Oft mit größter Waghalsigkeit wurden die interessanten Aufnahmen gemacht. Den Schluß bilden Jagden, wo wir das Erlegen wilder Bestien miterleben. Der Film zeigt prächtige Aufnahmen, und es ist besonders Schulen ein Besuch zu empfehlen. Im Auftrage der Reichs-Eisenbahn-Gesellschaft wird noch ein lustiger Propagandafilm abgerollt. Wie viele Reiselustigen kennen nicht die rechte Vorbereitung und Durchführung einer geplanten Reise. Der Film zeigt, wie hier abzuhelfen ist. K.

Elektrische Beleuchtung der Personenwagen? Wie verlautet, will die Reichsbahn nach und nach die elektrische Wagenbeleuchtung auch in den Personenzügen einführen. Zunächst sollen alle neuen Personenwagen durchweg mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet werden.

Zum Kapitel „Preisabbau". Die hiesige Metzgerinnung gibt bekannt, daß sie sich genötigt sehe, von heute ab eine Erhöhung der Preise bei verschiedenen Fleischarten eintreten zu lassen, die im Gegensatz zu den bisherigen geringen Abschlägen gleich ein ganz bedeutendes Ausmaß aufweist, z. B. bei Kalbfleisch (1,40 M.) um durchgängig 20 Pf. pro Pfund.

Freispruch. Bei einer Schlägerei in der Turmstraße anläßlich des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl war es zwischen Schlageterbundleuten und Reichsbannerleuten zu Schlägereien gekommen, bei denen zwei junge Leute schwere Verletzungen davongetragen hatten. Das Schöffengericht hatte am 7. Januar den dieserhalb wegen Körperverletzung angeklagten Otto **Heidt** freigesprochen, und die Strafkammer hat jetzt dieses Urteil in der Berufungsinstanz bestätigt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Gefängnisstrafe beantragt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 18. März 1926, 8 Uhr vormittags. Der gestern über Mitteldeutschland gemeldete Teilkern des Hochs liegt heute morgen über Ungarn, hat aber an Energie verloren und beeinflußt unsere Wetterlage nicht mehr. Davon ist die Hauptmasse hohen Druckes über Skandinavien und westlich davon angehäuft. Schwache Nordostwinde führen trockene und kühle Luft heran, in der es nur zu geringer Wolkenbildung kommt. Die allgemeine Luftdruckverteilung erscheint ziemlich stabil. Kleine Druckwellen bewirken Bewölkungsschwankungen. Im wesentlichen ist daher für morgen mit Fortdauer der bestehenden Witterung zu rechnen. **Prognose:** Keine wesentliche Änderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

WTB. **Freiburg**, 17. März. Das **Befinden Fehrenbachs** zeigte bis heute Nachmittag eine weitere **leichte Besserung**. Der Kranke hat selbst nach Nahrung verlangt. Alle anderweitigen Mitteilungen über eine Verschlimmerung im Befinden des Altreichskanzlers entbehren jeder Grundlage.

DZ. **Germersheim**, 18. März. Von einem zu Tal fahrenden Schiff wurde die hiesige **Schiffsbrücke** am Samstag auf der pfälzischen Seite angefahren. Ein Ponton wurde stark **beschädigt**, sodaß die Brücke für den Verkehr gesperrt werden mußte. Der Fußgängerverkehr wird über die Eisenbahnbrücke aufrechterhalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. März Geld	18. März Brief	17. März Geld	17. März Brief
Amsterdam 100 G.	168.68	168.50	168.07	168.49
Kopenhagen 100 Kr.	109.84	110.12	109.91	110.19
Italien . . 100 L.	16.83	16.87	16.83	16.87
London . . 1 Pfd.	20.395	20.447	20.389	20.441
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	15.045	15.085	15.035	15.075
Schweiz . 100 Fr.	80.735	80.935	80.74	80.935
Wien 100 Schilling	59.16	59.30	59.15	59.30
Prag . . 100 Kr.	12.417	12.457	12.417	12.457

Karlsruher Börse. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Auf die niedrigen auswärtigen Notierungen hin ist die Tendenz ruhig. Das Interesse bleibt jedoch rege, wenn auch die Umsätze noch gering sind. Weizen, handelsüblich 26,5—27, Roggen, handelsüblich gesund 17,5—18, Sommergerste 20—22, Sommergerste, besonders schöne Qual. übernotiz. Hafer, ausländischer 20—23, inländischer 18—19, Mais mit Sack 18,5—19, Weizenmehl, Mühlenforderung 40 bis 40,25, Roggenmehl, Mühlenforderung 26,75—27,25, Weizenfuttermehl je nach Qual. 10,5—11, Roggenfuttermehl, je nach Qual. 10,5—11, Weizenkleie 9—9,25, Roggenkleie 9,50 bis 10, Spezialfabrikate entsprechend teuerer, Biertreber 15,5—16, Malzkeime 12,5—13,5, Trockenschnitzel 9,50—10, Speisekartoffel, gelbfleischige 5,50—6, weißfl. 4,25—4,75, rote 4—4,50. **Rauhfuttermittel:** Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 7,5—8, Luzerne 8,50—9, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 4,25—4,75, alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. **Weine und Spirituosen:** Mangels jeder Anregung verkehrte die Börse trotz guten Besuchs in ruhiger Haltung. **Kolonialwaren:** Kaffee, Tee und Kakao im Preise unverändert. Rangoonreis 0,40, Graupen A-Qualität 0,60, gelbe gespaltene Erbsen 0,49, weiße ungar. Perlbohnen 0,30, Linsen, mittel 0,75, Kristallzucker 0,65, Salatöl 1,10, Schweinefett 1,85 GM., alles per Kilo.

Die Badische Baumwoll-Spinnerei- und Weberei A.-G. in Ettlingen verteilt auf die Stammaktien 8 Proz. Dividende. Für die durch den Tod ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder, Kommerzienrat Eswein-Bad Dürkheim und Rechtsanwalt Lehmann, wurden Neuwahlen nicht vorgenommen. Die Bilanz weist Waren- und Materialvorräte mit 623,402 RM., Debitoren mit 729,410 RM., Kreditoren mit 1 066 786 RM. auf.

Geschäftsabschluß der Dresdener Bank. Für das Geschäftsjahr 1925 verteilt die Dresdener Bank aus einem Rohgewinn von 69,5 gegen 76,7 Millionen RM., und einem Reingewinn von 8,6 gegen 8,3 Millionen RM. eine Dividende von wiederum 8 Proz. wie im Vorjahre.

Februarabsatz des Deutschen Kalisyndikats. Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats G. m. b. H. im Februar 1926 betrug 1 855 098 Doppelzentner Reinkali. Der Gesamtabsatz seit dem 1. Mai 1925 beträgt 9 271 520 Doppelzentner Reinkali gegen 9 322 888 Doppelzentner Reinkali in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Lieferung von Flußbausteinen

Neckarkanalisierung

Die Lieferung der für die **Staustufe Ladenburg** erforderlichen Flußbausteine aus wetterbeständigen Steinen wird im Wege des öffentlichen Wettbewerbs in 4 Losen vergeben und zwar: D.672

	Flußbausteine II. Klasse	Flußbausteine III. Klasse
Los I	8900 Tonnen	4 700 Tonnen
Los II	3600 Tonnen	5 000 Tonnen
Los III	4800 Tonnen	10 500 Tonnen
Los IV	1100 Tonnen	3 400 Tonnen

Die Angebotsunterlagen sind ab 19. März 1926 gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 RM. beim Neckarbauamt Heidelberg, Riedstr. 2, erhältlich. Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages.

Eröffnung der Angebote am **27. März 1926, vormittags 11 Uhr**, im Geschäftszimmer des Neckarbauamtes.

Neckarbauamt Heidelberg.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

Im Gehöft des **Albert Heinrich Blau** in Graben, Moltkestraße 111, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sperrbezirk ist die Gemeinde Graben.

Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Friedrichstal.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km Umkreises. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15 km Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufsuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 17. März 1926.

O.-Z. 48.

Bezirksamt Abt. II b.

Herzliche Bitte!

Wer leiht Geschäftsmann zur Wiederherstellung der Gesundheit seines schwerkranken Kindes

2000 RM.

gegen Sicherheit und monatliche Rückzahlung. Zuschriften unter F. 192 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskünfte! „Argus" „Mannheim" O. 6. 6 Planken Fernspr. 3305 A. Maier & Co., G.m.b.H.

D.677. **Freiburg, Breisgau.** Über das Vermögen der **Gesellschaft für praktische Geophysik G. m. b. H.** in Freiburg, Runzstr. 62, wurde heute, am 11. März 1926, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Luz Manny in Freiburg, Friedrich-Ebert-Platz 1. Anmeldefrist, offener Arrest und Anzeigefrist bis **6. April 1926.** Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am **Mittwoch, den 14. April 1926, vormittags 8 Uhr,** vor dem Amtsgericht hierselbst, Kaiserstr. 143, 3. Stock.

Freiburg, 11. März 26.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. 3 a.

D.678. **Freiburg, Breisgau.** Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Bauunternehmers **Adolf Müller** in Schallstadt wird aufgehoben, nachdem der Zwangsvergleichsvorschlag die Zustimmung der Gläubiger nicht gefunden hat.

Freiburg, 9. März 1926.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts. II.

D.679. **Heidelberg.** Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Firma **Louis Battandier Spitzenhaus** in Heidelberg, Akademiestr. 2, ist durch rechtskräftige Bestätigung des Zwangsvergleichs vom 10. Februar 1926 beendigt.

Heidelberg, 8. März 26.
Bad. Amtsgericht I.

D.674. **Mannheim.** Die Firma **Max Ott,** Weingroßhandlung in Mannheim, R 1. 4—12, wird unter **Geschäftsaufsicht** gestellt. Zur Geschäftsaufsichtsperson wird Herr Theodor Schlatter in Mannheim, O 3. 2, bestellt. Arreste u. Zwangsvollstreckungen in das Schuldnervermögen finden zugunsten der von dem Verfahren betroffenen Gläubiger nicht statt.

Mannheim, 6. März 26.
Bad. Amtsgericht.
B.-G. 11.

D.660. **Mannheim.** Die Geschäftsaufsicht über die Firma **Heinrich Euler** in Mannheim ist beendigt. Der Zwangsvergleich ist mit Ablauf des 25. Febr. 1926 rechtskräftig geworden. Mannheim, den 9. März 1926. **Bad. Amtsgericht. Abt. B.-G. 12.**

D.685. **Mannheim.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Butz & Leitz** in Mannheim wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: **Montag, den 29. März 1926, vormittags 10 Uhr.** Amtsgericht, B.-G. 10, II. Stock, Zimmer 103.

Mannheim, 9. März 26.
Bad. Amtsgericht.
B.-G. 10.

D.668. **Offenburg.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Alois Rheinboldt Witwe, Elise geborene Brenk** in Offenburg wird aufgehoben, da der im Termin vom 19. Februar 1926 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist.

Offenburg, 12. März 26.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

D.675. **Pforzheim.** Auf Antrag des Schuldners wird die über das Vermögen der Firma **Wilh. Fraun,** hier, unterm 25. Januar 1926 angeordnete Geschäftsaufsicht aufgehoben.

Pforzheim, 5. März 26.
Amtsgericht. A. II.

D.676. **Pforzheim.** Die unterm 21. Dezember 25 über das Vermögen des **Gustav Dreifuß,** Maschinenhändlers in Pforzheim Salierstraße 48, angeordnete Geschäftsaufsicht wird auf Antrag des Schuldners aufgehoben.

Pforzheim, 5. März 26.
Amtsgericht. A. II.

Bekanntmachung.

D.664. **Villingen.** Über das Vermögen des Kaufmanns **Josef Winzler** in Villingen (Baden) wurde heute am 16. März 1926, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.

Der Bankdirektor a. D. Otto Dold in Villingen wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **6. April** 26 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände —, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: **Mittwoch, den 14. April 1926, nachmittags 5 Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. April 1926 Anzeige zu machen.

Villingen, 16. März 1926.
Bad. Amtsgericht.
Gerichtsschreiberei.

Papierholzverkauf.

Das **Bad. Forstamt Todtmoos** verkauft **freihändig** unter den üblichen Zahlungsbedingungen in 6 Losen 2300 Ster Papierholz aus dem Stock, r.—III. Klasse, entrindet. Angebote in Prozenten der Bad. Landesgrundpreise wollen bis **Donnerstag, den 25. März 1926, vormittags 11 Uhr,** beim Forstamt eingereicht werden. D.673

Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Verdingung.

Die **Gemeinde Schönbrunn,** Post Eberbach a. N. vergibt öffentlich die Leistungen und Lieferungen zur Ausführung der Ortswasserleitung bestehend in:

2400 m Hauptleitungen 80 und 100 mm Durchmesser,

1000 m Hauszuleitungen 40 mm Durchmesser.

Angebotsvordrucke sind ab Dienstag, den 23. März 1926 beim Kulturbauamt Heidelberg, Treitschkestraße 6, gegen Entrichtung einer Gebühr von 1.— M. erhältlich, Pläne und Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht auf.

Angebote sind bis zum Öffnungstermin, **Mittwoch, den 31. März 1926, vormittags 10½ Uhr,** verschlossen mit Aufschrift „Wasserleitung" b. Bürgermeisteramt Schönbrunn einzureichen. D.662

Bad. Kulturbauamt.

Lustige gebildete

junge Bayerin

kath., aus angesehener Familie, häusl. erzogen wünscht geb. charakterfesten älteren Herrn gleicher Konfession in sicherer Position zwecks späterer Ehe kennen zu lernen. Zuschriften mit genauer Adressenangabe erbeten unter F. 198 an die Expedition der Karlsruher Zeitung

Chaiselongues

neu von 35 M. an zu verk. A. Ernst, Steinstr. 7

Badisches Landestheater

Freitag, 19. März 1926
*Volksbühne 7
Amelia oder
Ein Maskenball
Oper in 5 Akten von G. Verdi
Musikal. Leitung: Dr. Knöll
In Szene gesetzt von O. Krauß

Personen:

Richard	Nentwig
René	Weyrauch
Amelia	Brügelmann
Ulrika	Hoffmann-Brewer
Oskar	Baß-Kehlmann
Silvan	Löser
Samuel	Dr. Wucherpfennig
Tom	Lander
Richter	Siegfried
Diener	Arras

Anfang 7½, Ende geg. 10¼
Sperrsitz 1 Mark 8.40
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Sa. 20. März Romeo u. Julia

Druck G. Braun, Karlsruhe.